

1 **„Was GRÜNE über Wissenschaft wissen sollten, aber nie zu fragen wagten“**  
2 **Grundlagen für eine produktive Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik**

3  
4 *Ein Diskussionsanstoß aus der Arbeitsgruppe „Wissenschaft und Politik“ der BAG Wissenschaft,*  
5 *Hochschule und Technologiepolitik<sup>1</sup> – Stand Dezember 2013.*

6  
7 **I. Warum dieses Papier?**

8  
9 *Als Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaft, Hochschule und Technologiepolitik (BAG WHT)*  
10 *befinden wir uns oft in einer Situation, die auf zwei Arten beschrieben werden kann: Einer-*  
11 *seits leistet die BAG WHT wertvolle parteiinterne Übersetzungsarbeit zwischen Politik und*  
12 *Wissenschaft, andererseits sitzt sie dabei immer auch zwischen den zwei Stühlen „Wissen-*  
13 *schaft“ und „Politik“. Die wissenschaftliche Gemeinschaft verknüpft unsere Partei häufig mit*  
14 *– teilweise durchaus zutreffenden – Vorurteilen. Scheinbar sind Wissenschaft und (grüne)*  
15 *Politik zwei Welten, die nach unterschiedlichen Logiken funktionieren und kaum etwas*  
16 *miteinander zu tun haben – und sich häufig mit Unverständnis begegnen. Vor diesem Hin-*  
17 *tergrund haben wir als BAG WHT einen Diskussionsprozess mit dem Ziel begonnen, eine*  
18 *grüne Perspektive auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik zu finden. Damit wollen*  
19 *wir zu einem reflektierten Umgang mit Wissenschaft innerhalb der Partei beitragen.*

20  
21 *Zwei zueinander konträre Haltungen zu Wissenschaft begegnen uns in unserer Partei im-*  
22 *mer wieder: Da ist zum einen eine Haltung der dezidierten Wissenschaftsskepsis, die bis zu*  
23 *einer Wissenschaftsfeindlichkeit reicht – und der Wissenschaft unterstellt, ohne jede ethi-*  
24 *sche Verankerung zu agieren. Zum anderen findet sich eine Haltung fast schon naiver Tech-*  
25 *nikgläubigkeit. Hier wird Anwendungen der Wissenschaft, nämlich Innovation und Technik,*  
26 *zugetraut, die großen gesellschaftlichen Probleme (*Grand Challenges*) zu lösen. Beide Hal-*  
27 *tungen prallen häufig aufeinander und erschweren die parteiinterne Auseinandersetzung*  
28 *mit Wissenschaft – insbesondere in ihrer Schlüsselfunktion für unsere grünen Pläne – unnö-*  
29 *tig. Denn beide Haltungen ignorieren, was Wissenschaft sein kann und sollte, wie sie funkti-*  
30 *oniert und wie sie in Wechselbeziehung zur Gesellschaft und zu unserer Politik steht.*

31  
32 *Beide Haltungen verkennen zudem den eigenständigen Geltungsanspruch von Wissen-*  
33 *schaft. Als BAG WHT halten wir ein Verständnis von Wissenschaft für wichtig, das weder*  
34 *ausschließlich an kurz- oder langfristiger gesellschaftlicher Nützlichkeit ausgerichtet ist,*  
35 *noch der Wissenschaft unterstellt, Handlangerin etwa „der Konzerne“ zu sein. Natürlich ist*  
36 *Wissenschaft kein machtfreier Raum. Natürlich gibt es hart aufeinanderstoßende Interes-*

---

<sup>1</sup> Dieser Diskussionsanstoß entstand in der AG Wissenschaft & Politik der BAG WHT, einer Gruppe von FachpolitikerInnen, WissenschaftlerInnen aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und WissenschaftsmanagerInnen. An diesem Papier mitgearbeitet haben: Benjamin Bechtel, Reinhold Glasl, David Hellwig, Nicole Hohmann, Justus Lentsch, Eva Marie Plonske, Martin Scheuch, Anja Schillhaneck, Anne Katrin Werenskiold, Till Westermayer, Carsten von Wissel (in alphabetischer Reihenfolge). *Rückfragen und Anmerkungen* bitte an die SprecherInnen der BAG Wissenschaft, Hochschule und Technologiepolitik, Anja Schillhaneck MdB ([anja.schillhaneck@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:anja.schillhaneck@gruene-fraktion-berlin.de)) und Till Westermayer ([till@tillwe.de](mailto:till@tillwe.de)),

37 sen. Ebenso steht Wissenschaft auch immer in einer gesellschaftlichen Verantwortung, die  
38 insbesondere von der Politik eingefordert werden muss. Aber der Kern von Wissenschaft ist  
39 ein anderer. Dieser Kern ist durch Neugierde definiert – darauf bezieht sich das Grundge-  
40 setz, wenn es dort heißt, dass *Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre frei sind*. Grüne  
41 Wissenschaftspolitik muss auch eine an dieser Freiheit orientierte Politik sein.

42

43 Kurzum: Wir brauchen eine Wissenschaftspolitik, die eine vielfältige Wissenschaft stärkt  
44 und die kurzfristige Orientierung an Moden und dem „Mainstream“ verhindert. Neugier-  
45 und Grundlagenforschung muss genauso ermöglicht werden, wie zweckgerichtete und an-  
46 wendungsorientierte Forschung oder Forschung mit aktueller gesellschaftlicher Relevanz.

47

48 Daraus folgt:

- 49 • Wir müssen als grüne politische Akteure Wissenschaft verstehen, um gute Arbeit  
50 und Verantwortung in der Wissenschaft fördern zu können.
- 51 • Wir brauchen ein klares Verständnis davon, was Wissenschaft zu politischen Ent-  
52 scheidungen beitragen kann, ohne als Alibi missbraucht zu werden und
- 53 • eine klare Position, was Wissenschaft von grüner Politik erwarten kann, um gut ar-  
54beiten und ihre Verantwortung in der Gesellschaft wahrnehmen zu können.

55

56

## 57 **II. Wissenschaftliches Wissen im Politikbetrieb und in der Gesellschaft – was braucht** 58 **die Politik von der Wissenschaft?**

59

60 Politik ist auf Fakten und Einschätzungen, Erkenntnisse und Empfehlungen von Wissen-  
61 schaftlerInnen angewiesen, um sich komplexe Sachverhalte zu erschließen und den eigenen  
62 Meinungsbildungsprozess fundiert gestalten zu können. Wissenschaft soll – so auch unsere  
63 grüne Vorstellung – hierfür faktenbasierte Entscheidungsgrundlagen liefern und verschie-  
64 dene Entscheidungspfade und Alternativen aufzeigen. Das Ziel dabei ist es, den politisch  
65 Verantwortlichen den Raum des Möglichen aufzuzeigen und sie zu Blick- und Perspektiv-  
66 wechseln zu bewegen. Wissenschaft soll ihnen Informationen und Methoden in die Hand  
67 geben, um Alternativen mit all ihren Chancen und Risiken gegeneinander abwägen zu kön-  
68nen.

69

70 Die Politik bedarf der Wissenschaft jedoch nicht nur für die Bereitstellung von Entschei-  
71 dungsgrundlagen. Vielmehr sind mittel- und langfristige wissenschaftliche Prognosen ge-  
72 wissermaßen ein Frühwarnsystem, das es der Politik ermöglicht, frühzeitig auf sich ab-  
73 zeichnende Entwicklungen zu reagieren. Von Bedeutung ist hierbei weniger, schon heute  
74 die Antworten auf die Fragen von übermorgen zu kennen, sondern vielmehr, eine Vorstel-  
75 lung des Unbekannten zu entwickeln. Zum politischen Umgang mit wissenschaftlichem Wis-  
76 sen gehört der Mut, mit dem Unbekannten auch wissenschaftlich umgehen zu wollen, also  
77 zum Beispiel Folgenabschätzungen wissenschaftsgeleitet anzugehen.

78

79 Für beides braucht es gegenseitiges Verständnis. Um dieses differenzierte Miteinander  
80 fruchtbar zu gestalten, sollten PolitikerInnen ein Grundverständnis für wissenschaftliche

81 Logiken und Kompetenzen im Umgang mit wissenschaftlichem Wissen entwickeln (*scientific literacy*). Grundlegend dafür ist die Erkenntnis, dass es keine „alternativlose“ Wissensbasis gibt, auf die sich die Politik berufen kann. Letztverbindliche Entscheidungen kann die Wissenschaft niemals treffen, dafür ist sie nicht zuständig, denn die politische Verantwortung liegt bei den durch Wahlen legitimierten PolitikerInnen.

86  
87 Allerdings sieht der Alltag oft anders aus. Problematisch wird das Verhältnis zwischen wissenschaftlichem Wissen und Politik dann, wenn wissenschaftliche Empfehlungen von EntscheidungsträgerInnen missbraucht werden, um (unpopuläre) Entscheidungen als alternativlos darzustellen und Verantwortung von sich zu weisen, oder wenn zur nachträglichen Legitimierung von Entscheidungen „Gefälligkeitsgutachten“ eingeholt werden. Genau das wollen wir mit grüner Wissenschaftspolitik nicht unterstützen!

93  
94 Aber auch die Zivilgesellschaft hat Ansprüche und Erwartungen an Wissenschaft. Im Unterschied zu institutionell verankerten Erwartungen der Politik und den marktvermittelten Ansprüchen der Wirtschaft sind diese allerdings häufig diffus, weit weniger artikuliert und erst recht nicht konkretisiert. Hier bedarf es eines Aufbaus von Handlungskapazitäten und hier müssen neue Arenen geschaffen werden. Es ist Aufgabe der Politik, die Mittel dafür bereit zu stellen, dass zivilgesellschaftliche Akteure in die Lage versetzt werden, ihre Fragen an das Wissenschaftssystem heranzutragen. Dies kann beispielsweise im Rahmen öffentlich finanzierter Forschungsprogramme geschehen, die eine Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und WissenschaftlerInnen vorsehen.

103  
104 Gerade wegen der großen (und sicher noch steigenden) Bedeutung wissenschaftlichen Wissens für politische und gesellschaftliche Prozesse ergibt sich hieraus zugleich eine starke Verantwortung für die Wissenschaft selbst, und zwar hinsichtlich der Qualitätssicherung. Diese Aufgabe kann niemand außerhalb des Wissenschaftssystems glaubhaft und erfolgreich wahrnehmen. Politik und Gesellschaft müssen sich darauf verlassen können, dass Standards wie Reproduzierbarkeit und Intersubjektivität eingehalten werden.

110  
111 Daraus folgt:

- 112 • Politik braucht Wissenschaft, um möglichst fundierte Informationen und ggf. Empfehlungen für aktuelle politische Entscheidungen zu bekommen.
- 113
- 114 • Politik braucht Wissenschaft, um Probleme von morgen möglichst früh erkennen zu können.
- 115
- 116 • Politik muss Wissenschaft verstehen, um fundierte Entscheidungen treffen zu können.
- 117
- 118 • Politik muss Sorge dafür tragen, dass relevante Themen und Fragestellungen der Gesellschaft Eingang finden können in die Wissenschaft, auch dort, wo sie zunächst eher diffus und schwer greifbar erscheinen.
- 119
- 120
- 121 • Wissenschaft braucht funktionierende interne Strukturen, um die eigene Qualität immer wieder neu zu sichern und zu überprüfen. Methodenvielfalt und allgemein geltende Regeln zu guter wissenschaftlicher Arbeit sind dabei genauso wichtig, wie die Überprüfung der internen Arbeitsbedingungen.
- 122
- 123
- 124

### 125 III. Wissenschaft als Innovationsmotor und bezahlte Problemlöserin?

126  
127 Der konkrete Anspruch, den die Politik – über die eben diskutierten Erwartungen hinaus –  
128 an die Wissenschaft richtet, ist es, die großen Herausforderungen der Gesellschaft zu „lö-  
129 sen“. Unsere Welt steht heute vor einer Reihe großer Probleme (*Grand Challenges*), wie die  
130 Bedrohung durch einen menschengemachten Klimawandel, den Verlust biologischer Viel-  
131 falt, der Knappheit von Wasser und anderen Ressourcen. All diesen Problemen ist gemein,  
132 dass sie schon heute Ursache von Konflikten, unfreiwilliger Migration und Zerstörung von  
133 Lebens- und Zukunftsgrundlagen sein können. Und es ist davon auszugehen, dass der zu-  
134 nehmende Kampf um Ressourcen in der Zukunft noch zu weitaus größeren Konflikten füh-  
135 ren wird. Es besteht also aus grüner Sicht ein gerechtfertigtes gesellschaftliches Interesse  
136 daran, dass Wissenschaft *sich nützlich macht*, um genau dem entgegenzuwirken.

137  
138 Es ist zu hoffen, dass technische und soziale Innovationen zur Lösung dieser Probleme bei-  
139 tragen können. Ähnlich, wie es bereits mit Blick auf den volkswirtschaftlichen Beitrag von  
140 wissenschaftlichen Erkenntnissen geschieht, orientiert sich damit die öffentliche For-  
141 schungsförderung verstärkt auf die Hoffnung, dass Wissenschaft, so sie nur zielgenau finan-  
142 ziert wird, diese konkreten Probleme schon lösen wird. Wissenschaftspolitik und -finan-  
143 zierung jedoch darauf zu beschränken, ist aus grüner Sicht ein Irrweg.

144  
145 Welche technischen und sozialen Innovationen und Herangehensweisen sich bei der Lösung  
146 der großen gesellschaftlichen Fragen als weiterführend erweisen werden, ist heute noch  
147 nicht absehbar. Eine Wissenschaftspolitik, die ausschließlich die Umsetzung wissenschaftli-  
148 cher Forschungsergebnisse in marktfähige technische Lösungen beschleunigen will, unter-  
149 gräbt die eigene Basis. Die Chance, künftige Herausforderungen erfolgreich zu meistern,  
150 steigt mit der Vielfalt der verfolgten Lösungsstrategien. Daher brauchen wir die Grundla-  
151 gen- und „Neugierforschung“, um die „Innovation“ von morgen zu sichern.

152  
153 Dies betrifft alle Disziplinen. So ist der Beitrag der Sozial- und Geisteswissenschaften zur  
154 Genese sozialer Innovationen unverzichtbar, um nur ein Beispiel zu nennen. Alle Wissen-  
155 schaften gemeinsam bilden den Reflexionsraum der Gesellschaft, in dem neues Denken und  
156 neues Handeln ausprobiert werden kann. Es muss deshalb unabhängig vom Fach möglich  
157 sein, einer fachlich fundierten Neugier nachzugehen, von der wir heute nicht wissen, wohin  
158 sie führen wird. Nur so wird die Lösungskompetenz der verschiedenen Wissenschaftsdis-  
159 ziplinen langfristig erhalten.

160  
161 Ob grundlagen- oder anwendungsorientiert, die Freiheit wissenschaftlicher Forschung zieht  
162 Folgen nach sich, für die die Wissenschaft Verantwortung übernehmen muss. Ein extremes  
163 Beispiel dafür ist das *Manhattan-Project* (1942 bis 1946), das als konzertiertes wissen-  
164 schaftliches Großprojekt die Entwicklung der Atombombe zum Gegenstand hatte. Es hat uns  
165 zum ersten Mal mit der Möglichkeit der menschengemachten Zerstörung unseres Planeten  
166 konfrontiert. Heute haben sich die Möglichkeiten einer Zerstörung der Welt, wie wir sie  
167 kennen, vervielfältigt. Dies rührt an den Grundlagen unserer wissenschaftlich-technischen

168 Zivilisation, denn nicht wenige der Ursachen hiervon sind Folgen folgenverantwortungslo-  
169 ser Wissenschaft.

170

171 An dieser Stelle setzt nun die vom Wissenschaftlichen Beirat für globale Umweltfragen, von  
172 vielen WissenschaftlerInnen, aber auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Akt-  
173 euren vorgeschlagene *Große Transformation* an; eine Idee, die auch von vielen Grünen ge-  
174 teilt wird. Die Große Transformation wäre menscheitsgeschichtlich der dritte große Um-  
175 bruch nach neolithischer (der Ablösung der Jäger- und Sammler Kulturen durch Sesshaf-  
176 tigkeit und Landwirtschaft) und industrieller Revolution und hätte Nachhaltigkeit und Zu-  
177 kunftsfähigkeit zum Ziel. Im Unterschied zu den beiden historischen *Revolutionen* soll diese  
178 allerdings – so die Idee – gesteuert verlaufen. Dementsprechend soll „transformative“  
179 Wissenschaft von Anfang an in Bezug auf ihre Folgen reflexiv eingebunden sein.

180

181 Damit stellt sich die Frage nach der Planbarkeit menscheitsgeschichtlicher Umbrüche. Es  
182 gibt keine Garantien, dass das, was wir heute als Transformationswissen und als transfor-  
183 mative Wissenschaft ansehen, den Weg für die Große Transformation bereitet. Dies ist da-  
184 mit eine Option, aber beileibe nicht der einzige Weg, wie Wissenschaft betrieben werden  
185 kann. Das Wissenschaftssystem kann gut einen Ausbau seiner transformativen Potentiale  
186 vertragen, ohne dass dies allerdings disziplinäre Wissenschaft ersetzen kann. Angesichts  
187 knapper Staatshaushalte und zum Teil systematisch unterfinanzierter Forschungseinrich-  
188 tungen bedeutet dies, dass geredet – und möglicherweise politisch entschieden – werden  
189 muss.

190

191 Eine Politik, die zu wissen meint, in welchen Branchen oder Feldern die höchsten Innovati-  
192 onspotentiale sind, und danach Wissenschaft finanzieren will, begibt sich auf den Holzweg.  
193 Öffentlich finanzierte Wissenschaftspolitik muss sich ebenso für die langen Linien interes-  
194 sieren – und damit ein Korrektiv zu kurzfristig gedachter Schwankungen der Wissensmärkte  
195 sein –, als auch kurzfristige Programme für aktuelle Fragen aufsetzen.

196

197 Das heißt für uns: Grüne Innovationspolitik muss offen für die zielgerichtete, problembezo-  
198 gene Erforschung wissenschaftlicher Grundlagen sein, weiß aber auch, dass es bei Wissen-  
199 schaft nicht nur um den Nutzen, sondern auch die Träume von heute und morgen geht. In-  
200 novationen sind nicht nur neue Technologien auf bekannten Märkten, sondern Innovation  
201 ist eben gerade auch die Durchsetzung neuer Praktiken und neuer Ideen – da, wo sie ihre  
202 Wirkung entfalten können.

203

204

#### 205 **IV. Politik und Staat als Garanten für ‚Grundbedürfnisse‘ der Wissenschaft**

206

207 So wie Politik heute nicht ohne Wissenschaft gedacht werden kann, lässt sich Wissenschaft  
208 ohne Politik nicht denken. Das beginnt schon bei der Finanzierung von Wissenschaft:  
209 Schließlich verdient Wissenschaft kein Geld und beschäftigt sich mit Fragen, deren Antwor-  
210 ten heute – und vielleicht auch morgen – noch keine Zahlungsbereitschaft abrufen. Anderer-  
211 seits kann sie genau deshalb die Gesellschaft voranbringen, eben weil sie nicht auf Märkte

212 ausgerichtet ist. Um dies zu erhalten, braucht sie die öffentliche Hand, also Staat und Politik  
213 – quasi als Treuhänder dieser Funktion des Wissenschaftssystems. Andere Akteure, die dies  
214 uneigennützig oder marktfern wahrnehmen könnten oder wollten, sind weit und breit nicht  
215 erkennbar. Kaum jemandem wäre gedient mit einem Wissenschaftssystem, dessen Prota-  
216 gonistInnen dazu gezwungen wären, flexibel überall dort nach einem Auskommen zu su-  
217 chen, wo Geld geboten wird. Schließlich haben nicht alle, die Fragen haben, auch die Mittel,  
218 um diese bearbeiten zu lassen. Die Erfahrungen mit der zu intensiven Drittmittelausrich-  
219 tung im Wissenschaftsbereich verweisen deutlich auf die Konsequenzen, die es hätte, wäre  
220 Wissenschaft gezwungen, sich ausschließlich solchen Logiken zu beugen.

221

222 Neben der Finanzierungsfunktion kommt dem Staat – und damit der Politik – aber auch die  
223 wichtige Aufgabe zu, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Wis-  
224 senschaftsinstitutionen verlässlich zu gestalten. Kommt ein Staat dieser Verantwortung  
225 nicht nach, kann ein nationales Wissenschaftssystem in der Bedeutungslosigkeit versinken.  
226 Ferner obliegt es dem Staat, auf die innere Verfasstheit wissenschaftlicher Organisation zu  
227 achten. Dieser demokratische Anspruch versteht sich nicht von selbst, denn in der Wissen-  
228 schaft geht es um Wahrheitsfragen, die von der Sache her nicht Gegenstand von politischer  
229 Abstimmung sein können. Gerade deswegen ist die Balance zwischen akademischer Selbst-  
230 verwaltung und wissenschaftsimmanenter Selbststeuerung einerseits und andererseits von  
231 politischer Seite her eingeforderte und gesetzlich oder über andere Instrumente durchge-  
232 setzte gesellschaftliche Normen und Werte wie die Gleichstellung der Geschlechter, die  
233 Freiheit von Diskriminierung oder auch ArbeitnehmerInnenrechte nicht einfach zu errei-  
234 chen. Wissenschaftsinstitutionen brauchen hierfür interne Governancestrukturen, die dies  
235 befördern. Diese zu beschreiben und umzusetzen erfordert Fingerspitzengefühl und ein  
236 gegenseitiges Verständnis von Politik und Wissenschaft füreinander.

237

238 Und: Wissenschaftliche Gemeinschaften sind auf einen externen Partner, mit dem sie über  
239 Relevanzen verhandeln können, angewiesen. An genau dieser Stelle ist wiederum Politik  
240 gefragt, die zum Beispiel Forschungsprogramme auflegen kann, um damit Zielmarken für  
241 wissenschaftliche Entwicklungen zu setzen. Dies betrifft sowohl den konkreten Anwen-  
242 dungsbezug als auch die übergreifende Entwicklung der Wissenschaften. Allerdings hat  
243 Politik diese Verantwortung in der Vergangenheit nicht immer in einer Weise wahrgenom-  
244 men, die beispielsweise dem Entstehen disziplinärer Monokulturen – etwa in den Wirt-  
245 schaftswissenschaften – entgegengewirkt hätte.

246

247 Daraus folgt:

- 248 • Wissenschaft ist darauf angewiesen, dass die öffentliche Hand ihre ‚Grundbedürfnis-  
249 se‘ garantiert, um nicht in außerwissenschaftliche Abhängigkeiten zu geraten. Es ist  
250 Aufgabe von Staat und Politik, diese Garantie zu übernehmen.
- 251 • Wissenschaft braucht zudem interne Governance-Strukturen, die die Werte und  
252 Normen der Gesellschaft achten – eine streng hierarchisch organisierte Universität  
253 in einer demokratischen Gesellschaft wird beispielsweise immer große Schwierig-  
254 keiten verursachen.

255

## V. Verantwortliche Wissenschaft in der Gesellschaft braucht *political literacy*

Eine Gesellschaft, die sich aus der Überzeugung heraus, dass dies richtig und notwendig ist, eine unabhängige Wissenschaft leistet und ihr Freiräume bietet, erwartet, dass diese Freiheit in Verantwortung wahrgenommen werden. Dies gilt sowohl in Bezug auf das Ausfüllen der eigenen Rolle für und in der Gesellschaft, die interne Organisation der Arbeitsstrukturen als auch für die Sicherung der Qualität. Es muss zudem eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit der Gesellschaft, die diese ermöglicht hat, zur Verfügung gestellt werden müssen.

Wissenschaft steht in der Verantwortung, die Ergebnisse ihrer Arbeit transparent zu kommunizieren. So sollte sie Forschungsergebnisse in allgemein verständlicher Sprache (d.h. zum Beispiel auch für interessierte Laien) veröffentlichen, Ergebnisse in einen Kontext setzen und Überblickswissen schaffen. Sie steht durchaus vor der Aufgabe, ihre jeweilige Arbeit in Bezug zu gesellschaftlichen Problemen zu setzen oder bei konkreten Problemstellungen verschiedene Lösungsvorschläge anzubieten (Alternativenzwang). Wenn eine Frage oder ein Problem nicht gelöst werden kann, müssen Unsicherheiten deutlich gemacht werden – nur so können Gesellschaft und Politik auf diese Arbeit aufbauen.

Aus grüner Sicht ist diese Diskussion wünschenswert: Es ist nicht einzusehen, warum ausgerechnet WissenschaftlerInnen ihre Fähigkeiten nicht in zivilgesellschaftliche Debatten einbringen sollten. Allerdings verbindet sich dies, ähnlich wie wir von der Politik eine *scientific literacy* wünschen, mit dem Wunsch nach einer *political literacy* der zivilgesellschaftlich oder politisch aktiven WissenschaftlerInnen. Diese *political literacy* würde etwa Einschätzungswissen darüber beinhalten, was Wissen wie in der Gesellschaft verändern und bewirken kann, ebenso wie Wissen darüber, wo die Grenzen des auf wissenschaftlicher Basis Sag- und Entscheidbaren liegen und wo das Reich der politischen Aushandlung anfängt.

Nicht zuletzt ist Politik als Instanz gefragt, die kontinuierlich die ethische Selbstkontrolle der Wissenschaft einfordert. Diese ethische Verantwortung der Wissenschaft sollte zwar im Rasonieren über Relevanzen und Forschungspraxen enthalten sein, ist es oft aber nicht. Dies ist insbesondere immer dann der Fall, wenn die Folgen ihres Forschungshandelns den WissenschaftlerInnen selbst gar nicht begeben. Hier sind Ethikkommissionen der Wissenschaft betreibenden Organisationen ebenso gefragt, wie die Politik. Gerade den Parlamenten obliegt hier eine Dialog- und Kontrollfunktion.

Für uns gilt darum: Grüne Wissenschaftspolitik ist ein Balanceakt zwischen der Sicherung der unterschiedlichen Voraussetzungen einer Wissenschaft, die unabhängig und ohne Diktat von Markt, Moden oder Erwünschtheiten sein kann, einerseits und dem Einfordern von ethischer und gesellschaftlicher Verantwortung und Relevanz andererseits. Wissenschaftliches Wissen ist zunehmend stärker Grundlage von politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Dies erfordert sowohl *scientific literacy* auf der einen Seite, als auch eine Art *political literacy* auf der anderen. Wissenschaft trägt zur Lösung gesellschaftlicher Probleme bei, ohne darauf reduzierbar zu sein. Die Verantwortung der Politik gegen-

300 über der Wissenschaft ist demgegenüber eine doppelte: Auf der einen Seite steht die Finan-  
301 zierung und der verlässliche Schutz gerade der „Neugierforschung“, die nur die öffentliche  
302 Hand sicherstellen kann. Auf der anderen Seite ist es Aufgabe der Politik, immer wieder den  
303 Dialog über die ethische Verantwortung der Wissenschaft einzufordern, und auf der Umset-  
304 zung von demokratischen Strukturen, Geschlechtergerechtigkeit und Nichtdiskriminierung  
305 zu bestehen.